

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 9

Artikel: Soziales Verantwortungsgefühl
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lebendige Demokratie führt von unten nach oben. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in der Gemeinde zwingen zur Anteilnahme am öffentlichen Leben. Der Ausbau der Rechte des Volkes auf allen Gebieten des sozialen Lebens wird dadurch überhaupt erst möglich. Das gilt im besondern bei der Bekämpfung schwerer Schäden am Volkskörper.

Das Recht der Gemeinden zur Selbstbestimmung über die Herstellung und den Verkauf von gebrannten Wassern, die zum Genusse bestimmt sind, bildet eines der wertvollsten Mittel in der Demokratie, die zur Bekämpfung der herrschenden Schnapsnot gegeben sind. Keine persönliche Freiheit des einzelnen darf der Einführung dieses Rechtes hindernd im Wege stehen.

Denn in der Demokratie ist die Mehrheit König. Bei der Revision der Alkoholgesetzgebung des Bundes scheint im Kampfe der widerstreitenden Interessen jede ethische Führung verlorengegangen zu sein. Um so mehr drängen wir darauf, daß das Volk selber in direkter Mitbestimmung die Geschicke entscheide. Die Einführung des Gemeindeverbotsrechtes für gebrannte Wasser, die zum Genusse bestimmt sind, schafft dazu die Gelegenheit.

Soziales Verantwortungsgefühl.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Innerhalb der kapitalistischen Welt feiert der *Egoismus* wahre Orgien. Von einer *Verantwortung der Gemeinschaft* gegenüber, also von einem sozialen Verantwortungsgefühl, finden wir herzlich wenig. Andere Triebe des Menschen haben sich dagegen zum Teil hemmungslos entwickelt und leben sich hemmungslos aus.

wissen, wie er vor wenig Jahren noch *für* die Initiative eintrat! Im «Schweizer Abstinent» vom 19. Januar 1922 schrieb er:

«Soll solchen Gemeinden dauernd jede energische Wehr durch die Bundesverfassung verboten sein? Nein! Dafür kämpfen wir, daß diesen Gemeinden (Frauenfeld gehört vielleicht heute noch nicht dazu), die gern etwas gegen die Schnapspest tun würden, aber heute nichts tun dürfen, die Aktionsfreiheit gegeben werde. Sie sollen es in diesem Stück halten dürfen, wie sie wollen. Man hört oft, daß man genug habe von Bern. Auf allen Gebieten sieht man jetzt solche Bestrebungen, sich loszumachen von der Zentralisation, die so oft fast ohne alles Verständnis für die besondern Wünsche und Bedürfnisse einer Gegend oder eines Dorfes verfügt. Nicht alles ist berechtigt, aber es wäre gut, wenn in diesem Stücklein die Bundesverfassung abgebaut würde. Man soll auch da die einzelnen Gemeinden auf ihre Fasson selig werden lassen.»

Bei dem harten Konkurrenzkampf, welcher im kapitalistischen Wirtschaftsleben an der Tagesordnung ist, der auf der einen Seite für die Siegreichen Aufstieg und Macht zur Folge hat, und auf der andern Seite für die Besiegten Untergang und Verderben zeitigt, ist es nicht verwunderlich, daß das Verantwortungsgefühl der Gemeinschaft gegenüber *nicht* gesteigert wird. *Der Erwerbstrieb, die Gewinnsucht und die Profitgier beherrschen das wirtschaftliche Leben.* Jeder versucht, für sich selbst und *nur für sich* selber zu sorgen. Was die Allgemeinheit von ihm verlangt und fordert, nimmt er unter Umständen hin, wenn oft auch nur ungern. Denken wir beispielsweise nur an das Steuerwesen.

Es ist dem Sieger im Konkurrenzkampfe gleichgültig, ob der von ihm besiegte Konkurrent der Allgemeinheit zur Last fällt; ob er mit seiner Familie vollständig untergeht oder nicht. Auf ihn hat er keine Rücksichten zu nehmen, denn er ist ja sein *wirtschaftlicher Gegner*, der ihn am Aufstieg hemmt. Er hat ihn in einem unausbleiblichen Kampfe besiegt. Dieser *Kampf* war nicht seine Schuld, denn er ist *alltäglich*. Eine Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft! So denkt der Siegreiche, durch wirtschaftliche Macht Emporsteigende. Ihn kümmern die wirtschaftlichen Leichen nicht, wenn nur sein Geschäft blüht.

Wie sollte bei einer solchen Denkweise der kapitalistische Unternehmer sich um das *Wohlergehen seiner Arbeiter* intensiv bekümmern? Die Frage ist durch die Geschichte des Kapitalismus genügend beantwortet worden, und zwar sehr klar. Speziell die *Frühzeit des modernen Industriesystems* zeigt, daß dem Unternehmer der Arbeiter herzlich wenig galt. Für ihn war der Arbeiter ein Instrument, das er im Produktionsprozesse brauchte und nicht mehr. Kinder und Frauen wurden unendlich lange beschäftigt. Die Arbeitszeit stieg ins Ungesessene. Die gesundheitlichen Bedingungen in der Fabrik waren miserable. Daneben hatte der Unternehmer die Möglichkeit, den unbrauchbar gewordenen Arbeiter sofort durch einen neuen zu ersetzen. Er konnte ja innert kürzester Frist den andern auf die Gasse stellen. Es scherte ihn nichts, ob seine Arbeiter hungerten, darbten und dahinsiechten, wenn sich nur sein Geschäft entwickelte und der Reingewinn stieg. Die Allgemeinheit hatte die Folgen zu tragen. *Ein soziales Verantwortungsgefühl der menschlichen Gemeinschaft gegenüber gab es nicht*; denn diese menschliche Gesellschaft war in Klassen zerfallen. Auf der einen Seite die Besitzenden und Mächtigen, auf der andern die Besitzlosen und Schwachen.

Dieses Fehlen jedes sozialen Verantwortungsgefühls zeitigte grauenhafte Zustände. Wir brauchen nur an die Zeit der großen sozialen Kämpfe zu Beginn des 19. Jahrhunderts in England, an die Weberunruhen zu Beginn der 40er Jahre des 19.

Jahrhunderts in Schlesien und an ähnliche Vorkommnisse zu erinnern. Und tatsächlich sind heute diese schlimmsten Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems noch nicht überwunden. Denken wir nur an das, was sich in China mit seinem jungen Kapitalismus abspielt oder auch an die Zeit der Arbeitslosigkeit in Europa, wo die Arbeiter zu Tausenden und Abertausenden auf die Straße gestellt wurden.

Erst die *Selbsthilfe der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter* hat Besserung gebracht, wobei allerdings auch andere Bevölkerungsschichten, die den Untergang des Staates befürchteten, mithalfen, *Arbeiterschutzgesetze* zu schaffen. Aber im wesentlichen war es doch nur die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterschaft, die *dem hemmungslosen Profittrieb der Unternehmer gewisse Schranken zu setzen vermochte*, und die das Wesentlichste dazu beigetragen hat, daß *Arbeiterschutzgesetze* entstanden sind.

Aber die *Arbeiterschutzgesetze* haben die *Denkweise des Unternehmertums nicht geändert*. Sie haben nur dem Ausleben gewisser Triebe Schranken gesetzt. Der Unternehmer muß in seinem Betriebe gewisse sanitäre Vorschriften beobachten. Er darf Kinder bis zu einem gewissen Alter nicht beschäftigen. Er ist hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit an bestimmte Grenzen gebunden. Nacharbeit und Sonntagsarbeit sind nicht ohne weiteres gestattet.

Wäre bei den Unternehmern ein soziales Verantwortungsgefühl lebendig, dann würden sie diese *Gesetze begrüßen und sie ausbauen helfen*. Aber das ist nicht der Fall. *Jeder Schritt des Ausbaues der Arbeiterschutzgesetze muß von der Arbeiterschaft schwer erkämpft werden*. Die Arbeiterschaft muß täglich darüber wachen, daß die bestehenden *Arbeiterschutzgesetze* überhaupt beachtet werden, denn bei gar vielen Unternehmern besteht das Bestreben, diese *Arbeiterschutzgesetze* zu übertreten und nicht zu beachten. In der Regel heischt die Unternehmerschaft als Ganzes, daß die *Arbeiterschutzgesetze* rückwärts revidiert werden.

So bildet *eine der wichtigsten Fronten des Klassenkampfes* der heutigen Zeit der Kampf, den die Arbeiter um die Beachtung der *Arbeiterschutzgesetze* und um die Ausdehnung dieser *Schutzgesetze* führen; währenddem die Unternehmer ihren Klassenkampf auf diesem Gebiete ebenfalls unentwegt führen, wobei sie die entgegengesetzten Ziele verfolgen, nämlich: Mißachtung der Vorschriften der bestehenden *Arbeiterschutzgesetze* und Änderung dieser *Schutzgesetze* zu ihren Gunsten, das heißt im Sinne einer weitergehenden Ausbeutung der Arbeiterklasse.

So wie aber der kapitalistische Unternehmer kein soziales Verantwortungsgefühl in seinem Verhältnis zu der bei ihm täti-

gen Arbeiterschaft kennt, so kennt er in der Regel auch kein soziales Verantwortungsgefühl der Angestelltenschaft gegenüber. Dabei muß man allerdings jene höhern Angestellenschichten ausnehmen, welche in einem direkten Vertrauensverhältnis zum Unternehmer stehen und die als *Gehilfen nicht nur im Erwerbskampfe, sondern auch in den sozialen Klassenkämpfen dienen*. Würde der Unternehmer den Angestellten gegenüber jenes soziale Verantwortungsgefühl kennen, dann würde es nicht vorkommen, daß man einem Angestellten einen Monatslohn von 150 Fr., also einen Jahreslohn von 1800 Fr., und dem Verwaltungsrat eine Jahrestantieme von 200,000 Fr. für ein paar Verwaltungsratssitzungen geben würde. Dieses Beispiel stammt aus der Zeit 1918/19 und ist einer schweizerischen Gesellschaft entnommen.

Selbstverständlich nimmt der Kapitalist ebensowenig Rücksicht auf den *Konsumenten*, wie er Rücksicht auf den Arbeiter und Angestellten nimmt. Schon Charles Fourrier, der nachmälige große französische Sozialist, hat sich als junger Angestellter darüber empört, daß Schiffsladungen Zucker versenkt würden, um den Verkaufspreis des Zuckers zu erhöhen. Er sagte sich: Hunderten und Tausenden mangelt dieses wichtige Nahrungsmittel. Dieses Nahrungsmittel existiert nicht im Ueberfluß, es muß produziert werden. Dazu braucht es menschliche Arbeit und hier wird nun dieses Produkt mit der darin verkörperten menschlichen Arbeit einfach vernichtet, um einigen wenigen Profite zuzuschanzen.

Aber das, was Fourrier empörte und zum Nachdenken über den Unsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung trieb, ist heute noch nicht aus der Welt verschwunden. Seit Fourrier ist es vorgekommen, daß diese Vernichtung von Produkten sogar staatlich organisiert wurde, um in der Welt des Kapitalismus die Preise zu halten oder zu erhöhen. Natürlich ist das für den vernünftigen Menschen ein Beweis, daß der Kapitalismus untauglich ist, das Gesamtwohl zu fördern. Aber dennoch existiert eben der Kapitalismus als System vorläufig noch. Ein Verantwortungsgefühl für den Händler gibt es nicht. Der Spekulant wird unter Umständen die gleiche Ware zum vierten oder fünften Mal kaufen und wiederverkaufen, natürlich immer mit einem entsprechenden Gewinnzuschlag. Ihn schert es wenig, ob der Brotpreis steigt, wenn auf der Börse der Getreidepreis in unerhörter Weise in die Höhe getrieben wird. Ihn kümmert es nicht, ob soundso viele Arbeiterfamilien mit ihrem kargen Einkommen deshalb weniger Brot kaufen können, ob sich soundso viele Kinder nicht mehr satt essen können. Die Hauptsache für ihn ist der Profit.

Wir wollen keineswegs verschweigen, daß es auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft Unternehmer gab, in denen ein

soziales Verantwortungsgefühl, ein Mitgefühl mit den übrigen schlechter als sie gestellten Menschen lebte. Aber sie waren außerordentlich selten. Ein solcher Mann war beispielsweise *Robert Owen*, der große Fabrikunternehmer von New Lanark, der aus der Logik der von ihm konstatierten Tatsachen heraus zum Sozialisten wurde. Allein die wenigen Ausnahmen von sozial denkenden Unternehmern ändern an der Tatsache, daß der Kapitalismus jedes soziale Verantwortungsgefühl ertötet hat, nichts.

Der Mangel an sozialer Verantwortung bei den Mächtigen der kapitalistischen Wirtschaft beweist nur, wie heuchlerisch die Vorwürfe der Kapitalisten und ihrer wissenschaftlichen Diener sind, die dem Sozialismus Materialismus vorwerfen und die geflissentlich die materialistische Geschichtsauffassung in eine materialistische Denkweise umlügen.

Es gab keine größeren Idealisten, als die Vorkämpfer des Sozialismus. Denken wir beispielsweise nur an Karl Marx. Das waren Männer, die soziales Verantwortungsgefühl hatten, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben.

II.

Zweifellos werden wir den Egoismus der Besitzenden erst mit der Schaffung der sozialistischen Wirtschaftsordnung überwinden. Vorher wird der Mangel an sozialem Pflichtgefühl nicht verschwinden. Aber das darf uns keineswegs hindern, die Frage zu prüfen, ob nicht auch innerhalb des Proletariats jene Züge zu finden sind, die uns aus dem Wirken der kapitalistischen Machthaber so bekannt sind. Und es wäre ein Wunder, wenn im Proletariat nicht ähnliche Eigenschaften zu finden wären, wie bei den Besitzenden. Das Proletariat betrachtet ja jene Gesellschaftsschicht der «oberen Zehntausend» noch immer mit einer gewissen Hochachtung. Was bei den Besitzenden Geltung hat, erscheint Hunderten und Tausenden von Proletariern erstrebenswert.

So finden wir denn auch in weiten Kreisen des Proletariats einen Mangel an sozialem Verantwortungsgefühl. Schon Karl Marx stellt fest, daß in der Frühzeit des Kapitalismus der Proletarier zum Sklavenhändler an Frau und Kindern wurde, indem er sie der Fabrik zu einem Hungerlohn auslieferte. Aber auch heute noch gibt es Eltern, die es ungern sehen, daß es *Grenzen für die Kinderarbeit* gibt. In ihrer Verständnislosigkeit hätten sie ein Nebeneinkommen aus Kinderarbeit ganz gerne. Solchen Mangel an Verantwortungsgefühl den eigenen Angehörigen gegenüber, die eine zukünftige Generation bilden helfen sollen, zu brandmarken, ist genau so Pflicht, wie die Ver-

antwortungslosigkeit des Unternehmers an den Pranger zu stellen.

Auch heute noch gibt es Arbeiter, die glauben, sie könnten, gleich dem Unternehmer, auf Kosten ihrer Mitarbeiter oft in der unsaubersten Art und Weise sich entwickeln und zu einer höheren Gehaltsstufe emporsteigen.

Aber auch dort, wo die Klassensolidarität innerhalb des Berufes, innerhalb der gleichen Industrie bereits stark entwickelt ist, dort, wo man den Organisationszwang aller im gleichen Beruf Tätigen proklamiert, wo man den Streikbruch als ein Verbrechen an der Gemeinschaft verurteilt, auch dort finden wir mangelndes soziales Verantwortungsgefühl.

Hier einige Beispiele: Das *Wirtschaftspersonal* muß oft vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein tätig sein. Der Elfuhr- oder sagen wir auch Zehnuhr-Wirtschaftsschluß ist sicher eine eminent soziale Forderung. Sie wird bei ihrer Verwirklichung eine Wohltat für Hunderte von Angestellten im Wirtschaftsgewerbe bedeuten, weil sie diesen eine verlängerte Nachtruhe bringt. Und doch gibt es Proletarier, die rücksichtslos jeden Wirtschaftsschluß als Schikane empfinden. Hier fehlt das Mitgefühl mit andern Arbeitenden.

Etwas ganz Aehnliches treffen wir beim *Ladenpersonal*. Es ist für viele so bequem, am Sonntag oder am Samstagabend oder nach dem Nachessen noch etwas kaufen zu können. Es erscheint ihnen unbequem, wenn dann die Verkaufsmagazine geschlossen sind. Sie denken nicht, daß auch das Ladenpersonal arbeiten muß und daß auch ihm eine Begrenzung der Arbeitszeit eingeräumt werden soll. Wie leicht könnte man auf diesem Gebiete vorbildliche Arbeitsverhältnisse durchsetzen, wenn die Großzahl der Proletarier und Proletarierinnen von einem tiefen sozialen Mitgefühl erfüllt wären. Es würde sich ohne weiteres darauf ein so starkes Verantwortungsgefühl der Gemeinschaft gegenüber ergeben, daß man direkt bessere Verhältnisse für das Ladenpersonal fordern und erhalten würde.

Und wie steht es erst bei der mühseligen Arbeit, welche die *Krankenpflegerinnen* zu verrichten haben. Und wie lieblos ist oft das Urteil der Angehörigen der Kranken über dieses Personal, trotzdem die Arbeitsverhältnisse im Krankenpflegeberuf nichts weniger als vorbildlich sind.

Aber nicht nur in den Fällen, die durch die obigen Beispiele charakterisiert werden, zeigt sich mangelndes soziales Verantwortungsgefühl, sondern auch an andern Orten. Denken wir beispielsweise an die *Konsumgenossenschaft*. Auch hier sollte der letzte Angestellte, wie der Konsumverwalter, seine Tätigkeit nicht als bloße Erwerbsarbeit auffassen, sondern sich je und je bewußt sein, daß er in einem Betriebe arbeitet, welcher der Allgemeinheit dient. Aus dieser Denkweise heraus würde er nicht

nur das Beste leisten, sondern er würde so enge mit dem Unternehmen verwachsen, daß die Gemeinschaft in diesem Unternehmen uns als Verkörperung kommender Verhältnisse entgegenleuchten würde. Dann hätten wir keine Klagen der Kunden mehr zu hören und vor allem wäre die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens gegenüber dem Privatkrämer eine viel bessere.

Dasselbe gilt für die *Produktionsunternehmungen der Arbeiterschaft*.

III.

Wir müssen den Klassenkampf gegen die Macht des Unternehmertums mit aller Energie führen. Wir müssen die Arbeiterschaft *lückenlos* organisieren. Wir müssen sie mit Mut und Zuversicht in diesem Kampfe erfüllen. *Der Klassenkampf ist eine unausweichliche Notwendigkeit*, wenn die Zustände anders und besser werden sollen. Freiwillig verzichten die Unternehmer auf ihre Vorrechte nicht. Sie verteidigen jeden kleinen Vorteil, den ihnen das heutige System bietet, mit großer Hartnäckigkeit. Der Klassenkampf ist eine Notwendigkeit. Ueber seine Berechtigung können wir nicht philosophieren und spinstisieren. Mit gutmeinenden Ratschlägen, mit ethischen Auseinandersetzungen überwinden wir den Kapitalismus nicht. Wir überwinden ihn nur durch die Macht des organisierten Proletariats.

Aber trotz dieser Wahrheit dürfen wir nicht außer acht lassen, daß gerade innerhalb der Arbeiterschaft, soweit als nur möglich, soziales Fühlen und Denken heute schon verwirklicht werden sollten. Deshalb müssen wir alles tun, um auf den Mangel an sozialem Verantwortungsgefühl aufmerksam zu machen. Wenn es uns gelingt, zuerst bei uns selber, dann bei unsren Nächsten, dann in unserer Organisation das Mitgefühl mit unsren Mitmenschen, das soziale Verantwortungsgefühl der Gemeinschaft gegenüber zu einer realen Tatsache werden zu lassen; wenn es uns gelingt, Richtlinien auf diesem Gebiete mit allgemeiner Gültigkeit durchzusetzen, dann werden wir die Macht des Proletariates ungemein fördern. Die sozialen Unternehmungen, in denen Arbeiter und Angestellte mit sozialem Verantwortungsgefühl tätig sind, werden prosperieren. Sie werden Beispiele dafür sein, daß wir bereits *eine neue Welt aufzubauen beginnen*.

Die *Schutz- und Fürsorgemaßnahmen*, die wir für andere Arbeitskategorien (beispielsweise Wirtschafts-, Laden-, Krankenpflegepersonal) aus sozialem Verantwortungsgefühl heraus erzwingen, ja durch unser praktisches Handeln direkt einführen, werden das Solidaritätsgefühl der verschiedenen arbeitenden Schichten stärken und den Glauben an den Sozialismus mächtig auflodern lassen.

Nicht weil die Kapitalisten kein soziales Verantwortungsgefühl haben, sollen die Proletarier auch keines haben. Sondern gerade weil die Kapitalisten dieses Verantwortungsgefühl aus ihrer ganzen Einstellung zur menschlichen Gemeinschaft heraus nicht besitzen, müssen wir Proletarier den Versuch machen, daß selbst in der kapitalistischen Wirtschaft unter Ausgebeuteten und Entrechteten dieses Gefühl als tatsächliche Macht existiert.

Wir werden damit der Entwicklung zum Sozialismus dienen und werden bereits etwas verwirklichen, was in der kommenden Welt des Sozialismus eine Selbstverständlichkeit sein wird.

Die Reparationspolitik und die Schweiz.

Von *Ernst Reinhart*, Bern.

Weder wirtschaftlich noch politisch kann es der Schweiz gleichgültig sein, ob die Reparationsfrage, die endgültige Liquidierung des Weltkrieges, in zufriedenstellender Weise gelöst wird oder nicht. Gelingt der nationalistischen Politik hüben und drüben des Rheins die Aufhetzung der Völker, die Entfachung neuer nationalistischer Brände, dann steht die Schweiz wieder mitten drin; die grundsätzliche friedliche Politik der schweizerischen Arbeiterschaft muß außerordentlich erschwert werden, wenn zu dem französisch-italienischen Konflikt im Süden eine französisch-englisch-deutsche Konfliktmöglichkeit im Norden tritt. — Besonders schwierig werden aber die Verhältnisse, wenn die nationalistische Stimmung bleibt, aber irgendeine Lösung der Reparationsfrage nicht gefunden wird. In dieser Lage befinden wir uns heute. Entweder geschieht:

Die Expertenkonferenz in Paris kann auseinandergehen; dann bleibt der Dawesplan in Kraft. Kein Mensch zweifelt heute daran, daß er auf die Dauer unmöglich wird. Oder man einigt sich in Paris; dann ist die Lösung so, daß beiderseits gewaltige Konzessionen gemacht werden müssen; aber jedes Zugeständnis, das Deutschland über die rund 2 Milliarden Franken, die Schacht angeboten hat, und über die 37 Annuitäten hinaus machen muß, wird in Deutschland die Ueberzeugung wecken, daß man eine Unterschrift gegeben habe, die man nicht einlösen werde. Man kann sich leicht vorstellen, wie diese, heute schon offen ausgesprochene Ansicht, den französischen Nationalismus stärken muß.

Läßt man aber alle politischen Spekulationen weg, dann bleiben noch wirtschaftliche Gründe genug übrig, die so oder so eine unbefriedigende Lösung der Reparationsfrage für die Schweiz sehr gefährlich machen. Wenn der Dawesplan weiter wirken soll, dann ergibt sich folgende wirtschaftliche Situation: